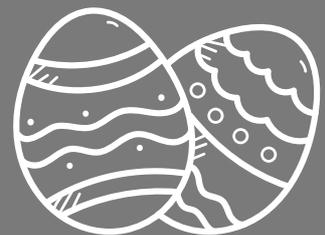




Update aus Berlin

März '23 (III)

*Frohe Ostern,
erholsame
Feiertage und
schöne Ferien!*



WICHTIGES
aus dem Bundestag

NEUES
aus dem Wahlkreis



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Anfang dieser Woche haben bundesweit Beschäftigte etwa in Fern- und Regionalzügen, S-Bahnen sowie im Flug- und Schiffsverkehr gestreikt. Wir stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten, die zurecht darauf hinweisen, dass die Löhne mit den steigenden Lebenshaltungskosten Schritt halten müssen. Wer in diesem Kontext von „einfachen Berufen“ spricht, verkennt, dass viele Leistungsträger:innen Kittel, Blaumann oder Dienstuniform tragen. **Für uns hat jede:r Arbeitnehmer:in Respekt verdient, egal in welchem Beruf – dafür kämpfen wir als SPD.**

In dieser Sitzungswoche haben wir den britischen **König Charles III. im Bundestag** begrüßt. Gerade nach dem Brexit und in Zeiten des russischen Krieges gegen die Ukraine gilt es, die deutsch-britische Freundschaft weiter aufrechtzuerhalten und zu pflegen.

Wir bleiben mit den Kommunen im Gespräch über Herausforderungen der Integrationspolitik. Wochen nach unserer Migrationskonferenz kommt das Thema bei der Union an. **Der Merz-Migrationsgipfel kommt viel zu spät.** Die Herausforderungen der Flüchtlingsaufnahme sind bekannt und werden verstärkt durch unsere Migrationskonferenz fokussiert bearbeitet.

Der Bund gibt Milliarden für die Unterbringung, Kitaplätze, Integrationskurse und vieles mehr aus, um die Kommunen zu entlasten und die Unterbringung geflüchteter Menschen aus der Ukraine zu erleichtern, von denen viele schon den Weg in den Arbeitsmarkt gefunden haben.

Fest steht: um effektiv zu unterstützen, sind die Länder gefordert: vor allem müssen die das Geld zeitnah weiterleiten. Hier hakt es gewaltig in einigen unionsgeführten Landesregierungen, etwa in NRW. Außerdem hat es vor allem die Landesregierung, NRW in der Hand, die Kommunen finanziell stärker zu entlasten und mehr Handlungsfreiheit zu geben.

Der CDU-Chef lässt in Migrationsfragen überdies eine vernünftige Sprache vermissen. Mit seinen Äußerungen zum "Sozialtourismus" ukrainischer Geflüchteter heizt Merz massiv die Spaltung der Gesellschaft an. Wir brauchen Lösungen statt Schmähungen. Erst dann ist eine transparente Debatte über die Flüchtlings- und Asylpolitik des Bundes erfolgversprechend.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,

Euer *Bernhard Jeldness*

Inhalt

Meine Rede zum Antrag CDU/CSU "Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern unterstützen". >>> Meine Rede zur Aktuellen Stunde CDU/CSU.>>> Ansprache von König Charles III. >>> Verbraucher:innen und Unternehmen zügig entlasten. >>> Erde aus dem Wahlkreis für das Kunstwerk "DER BEVÖLKERUNG". >>>Ausstellung zur Paulskirchenverfassung. >>> Einblicke in die Sitzungswoche. >>> Neues aus dem Wahlkreis.

Meine Rede zum Antrag CDU/CSU "Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern unterstützen".

Die Debatte zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern wurde heute von zwei Anträgen getragen, die entweder populistisch sind (Antrag der AfD) oder sich schon längst in der Umsetzung befinden (Antrag der CDU/CSU). Dennoch ist die Lage in unseren Kommunen ernst. Die Unterbringung von Geflüchteten ist für die Kommunen ein Kraftakt. Und genau deswegen möchten wir uns heute bei den vielen helfenden Händen in den Kommunen bedanken.



Zum Antrag der CDU/CSU: Der Antrag ist seriös, aber zu spät. Zum Antrag der AfD: Der Antrag glaubt im Ernst, dass serielles Bauen eine Anreizwirkung auf das Kommen von Flüchtlingen hätte. Unter den wirklich beklopptesten Anträgen der Legislaturperiode gehört dieser zu den TOP 10. Die Bundesregierung unterstützt mit vielen Milliarden Euro die Länder. Gleichwohl sind die Kapazitäten an Wohnraum in den Kommunen endlich, weshalb wir die Sonderregelung zur schnelleren und unbürokratischen Schaffung von Flüchtlings- und Asylbewerberunterkünften im Baugesetzbuch deutlich bis Ende 2027 verlängern möchten. Nur dafür bedarf es keines Antrags der Union, zumal das Kabinett am Mittwoch eine solche Regelung auf den Weg gebracht hat.

Meine Rede zur Aktuellen Stunde CDU/CSU.



Am vergangenen Donnerstag habe ich im Plenum für die SPD-Bundestagsfraktion zur Aktuellen Stunde „Handlungsfähigkeit und Lösungsfähigkeit der Bundesregierung“ gesprochen. Die Union hat den Antrag gestellt. Dabei geht es der Union nicht um Fortschritt oder gar Nachhaltigkeit, sondern einfach nur um sich selbst.

Die Ampelkoalition ist handlungsfähig.

Das haben wir mit dem Bürgergeld, einer Förderung für Azubi-Wohnungen und Studentenwohnungen bewiesen. Die Länder sind aufgefordert sich entsprechend an den Programmen zu beteiligen. Der Bund alleine kann die Misere nicht beheben. Wir unterstützen junge Familien mit einem geringen Einkommen dadurch, dass sie preiswerte Immobilienkredite bekommen. Wir arbeiten hart daran, dass die Menschen sich ihre Traumimmobilie noch leisten können. Mit diesem neuen System der Förderung fangen wir die gestiegenen Bauzinsen ein. Diese Zinsen sind nämlich in den letzten Monaten so stark gestiegen, wie zu keinem anderen Zeitpunkt in der jüngeren Geschichte unseres Landes. Alles weitere in der Rede.

Ansprache von König Charles III.

In seiner Rede, die Charles überwiegend auf Deutsch hielt, betonte er die tiefe Freundschaft zwischen beiden Ländern und die lange gemeinsame Geschichte, die das vereinigte Königreich und Deutschland miteinander verbinden.

Dabei ging er auf die starken Verflechtungen beider Länder schon mit dem Handel zu Zeiten der Hanse im Mittelalter, bis hin zu kulturellen und



anderen Aspekten in der heutigen Zeit, etwa der Frauen-Fußball-Europameisterschaft 2022 ein.

Auch die besonderen familiären Beziehungen zu Deutschland betonte der König. Seine Rede war ein Bekenntnis zur Verbundenheit Großbritanniens mit Europa- auch nach dem -Brexit.

Im weiteren Verlauf seiner Deutschlandreise wird der König am Freitag nach Hamburg fahren, um dort am Denkmal für die Kindertransporte, die vor 85 Jahren mehr als 10.000 jüdische Kinder vor dem Nationalsozialismus retteten und nach Großbritannien brachten seinen Respekt zollen.

Zudem wird er den Opfern der Bombardierung Hamburgs durch die Alliierten gedenken. „Aus der Vergangenheit zu lernen, ist unsere oberste Pflicht“ betonte der König.

Verbraucher:innen und Unternehmen zügig entlasten.

Seit März 2023 gelten die Preisbremsen für Strom, Gas und Fernwärme, die Verbraucher:innen und Unternehmen vor zu hohen Energiekosten schützen. Bevor Entlastungen für die Endverbraucher:innen auf den Weg gebracht werden, müssen zahlreiche Prüfungen durchgeführt werden – unter anderem werden die Einhaltung von beihilferechtliche Auflagen wie Entlastungshöchstgrenzen, die Überwachung der ordnungsgemäßen Abwicklung von Entlastungen, die hinreichende Erfüllung der Arbeitserhaltungspflicht oder mögliche Rückforderungen von zu viel gewährten Entlastungen geprüft.

Bisher werden diese Prüfungen von staatlichen Behörden übernommen. Angesichts der umfangreichen Aufgaben kommen künftig auch juristische Personen des Privatrechts als Prüfbehörde infrage. Das sieht ein **Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Änderung des Strompreisbremsegesetzes (StromPBG) sowie des Erdgas-Wärme-Preisbremsegesetzes** vor, der in dieser Woche abschließend vom Bundestag beraten wurde. Hierdurch kann stärker auf externen Sachverstand zurückgegriffen werden und Verbraucher:innen und Unternehmen werden schneller und unkomplizierter entlastet. Die sogenannte Beleihung der Prüfbefugnis auf einen privaten Akteur erfolgt durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und kann jederzeit ganz oder teilweise zurückgenommen werden. Die Aufsicht liegt beim BMWK oder einer ihm nachgeordneten Behörde.

Erde aus dem Kreis Warendorf für Kunstwerk im Reichstag

Der Deutsche Bundestag ist nicht nur ein Ort des politischen Tagesgeschäfts, sondern auch eines der führenden Museen Deutschlands. Gleich im Innenhof des Reichstagsgebäudes ist Hans Haackes Installation „DER BEVÖLKERUNG“ in ein „gärtnerisch nicht betreutes, frei wucherndes Biotop“ eingebettet. Die Abgeordneten sind aufgerufen, dort Erde aus ihren Wahlkreisen auszustreuen,



und es gehört zu den Wandersagen der Parlamentsgeschichte, dass auf Kreuzberger Wahlkreiserde hier auch schon Cannabis wucherte.

Diese Woche hat nun sich auch der Kreis Warendorf am Kunstprojekt „DER BEVÖLKERUNG“ von Hans Haacke beteiligt. Gemeinsam mit den politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus Ahlen, Oelde, Warendorf, Beckum, Sassenberg, Beelen, Wadersloh, Sendenhorst, Ennigerloh und Wadersloh haben wir die gespendete Erde aus dem Kreis Warendorf in den Holztrog eingebracht. Dabei war auch die Kuratorin der Kunstsammlung im Deutschen Bundestag Kristina Volke, die über die kontroverse Geschichte des Kunstwerks berichtet hat.

Der Entwurf von Hans Haake löste innerhalb und außerhalb des Parlamentes eine lebhaft Diskussion aus. Die Debatte entzündete sich an der Frage, ob mit der Neoninschrift eine Korrektur der zentralen Giebelinschrift „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ vorgenommen werde, mithin Verfassungsmaximen der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt werden, oder ob die Schrift im Innenhof eine legitime Ausweitung des Sinnes der Giebelinschrift bedeute und einen Denkprozess in Gang setzen solle. Mit knapper Mehrheit setzten sich im Plenum des Bundestages die Befürworter der Installation Haackes durch, so dass diese im September 2000 dem Bundestag übergeben werden konnte. Für mich ist es natürlich eine große Freude das Kunstprojekt zu unterstützen.



Ausstellung zur Paulskirchenverfassung.

Zum 175. Mal jährt sich in diesen Tagen die Anfangszeit der deutschen Revolution in den Jahren 1848/1849. Diese war der Anstoß für die Frankfurter Nationalversammlung, dem ersten freigewählten gesamtdeutschen Parlament. Dort arbeiteten 405 Abgeordnete eine moderne, liberale Verfassung, die Paulskirchenverfassung, aus. Sie war ihrer Zeit weit voraus. Auch wenn es nicht gelang, sie gegen die Macht der alten Eliten durchzusetzen, nahm sie grundlegenden Einfluss auf die deutsche Verfassungsgeschichte.

Auch aus meinem Wahlkreis kam ein Abgeordneter der Nationalversammlung. Jodokus Temme geboren 1798 in Oelde-Lette war Politiker, Jurist und Schriftsteller. Er hatte eine humanistische Auffassung von Rechtsprechung und eine liberale Gesinnung, welche ihm weitere Aufstiegschancen verwehrten. Wegen seiner demokratischen Gesinnung wurden er und seine Familie ständig von der preußischen Polizei überwacht und schikaniert. Temme vertrat als Abgeordneter einer gemäßigt linken Fraktion die Ideen der konstitutionellen Monarchie und demokratischer Wahlen. Er hat sich als Jurist und Politiker kompromisslos für Freiheit und Gerechtigkeit eingesetzt und damit Haftstrafen und juristischer Prozesse wegen Hochverrats in Kauf genommen. Dieser Mut und das Eintreten für demokratische Werte inspirieren bis heute. In dieser Woche erinnert eine Ausstellung des Original-Dokumentes der Paulskirchenverfassung hier im Bundestag an die bewegte damalige Zeit, und die fortschrittlichen Inhalte der Verfassung, in der damals schon Presse-, Meinungs-, und Versammlungsfreiheit festgehalten wurden, aber auch an die Odyssee, die das Dokument in den Wirren und Brüchen deutscher Geschichte hinter sich hat.

Im Zeitraum vom 28. März bis 3. April 2023 ist in der Ausstellung das fragile historische Unikat als Leihgabe der Stiftung Deutsches Historisches Museum zu sehen. Interessierte externe Besucherinnen und Besucher können im Rahmen von Führungen des Besucherdienstes mit dem Schwerpunkt Parlamentsgeschichte nach Möglichkeit Einblick in die Ausstellung erhalten.





Julius Becker, 22-jähriger Student aus Oelde, hat ein achtwöchiges Praktikum in meinem Bundestagsbüro absolviert. Er hatte Gelegenheit, an verschiedenen Veranstaltungen der Fraktion, an Plenar- und Ausschusssitzungen teilzunehmen. Vielen Dank für die prima Unterstützung!



In der ersten **Arbeitssitzung der AG Kommunalpolitik** ging es um die Rettung unserer Innenstädte und das Onlinezugangsgesetz.



Bei dem Austausch mit dem **Bundestagskollegen Daniel Schneider** und **einer Delegation aus seinem Wahlkreis.** War ein gutes Gespräch!



Im Gespräch mit **Attila Gerhäuser** und **Anna Trabant** vom **Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.** ging es um die Herausforderungen im Wohnungsbau und den CO₂-Fußabdruck verschiedener Baustoffe.



Beim **Parlamentarischen Mittagessen** aus Anlass der Verabschiedung des **Bundeskleingarten-gesetzes** vor 40 Jahren durch den Deutschen Bundestag. Dieses Gesetz war und ist ein Meilenstein für die ca. 900.000 Kleingärtner in Deutschland.





Auch in dieser Wahlkreiswoche standen für mich wieder **Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern** auf dem Programm. In **Sendenhorst** habe ich mich mit Katrin Reuscher und der SPD-Fraktionsvorsitzenden Christiane Seitz-Dahlkamp. Themen waren unter anderem die Reaktivierung der WLE-Strecke, finanzielle Hilfen für Kommunen und aktuelle Bauprojekte in Sendenhorst

In **Drensteinfurt** war ich zu Gast bei Bürgermeister Carsten Grawunder und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Ingo Stude. Uns hat vor allem die Energiewende vor Ort beschäftigt, aber auch die Unterbringung von Geflüchteten, die für alle Kommunen ein Dauerthema bleibt.



Besonders spannend war der Besuch bei meinem Kollegen Brian Nickholz im Haltern. Dort haben wir uns Deutschlands größte **schwimmende PV-Anlage** auf dem Silbersee angesehen. Solche Potenziale für erneuerbare Energien müssen wir noch viel mehr nutzen!





Besonderes Highlight für mich war in der letzten Woche der Besuch im **Ahler Kunstmuseum**. Während der Pandemie hat Dr. Martina Padberg dort die Leitung übernommen - jetzt haben wir uns endlich kennen gelernt!



Begleitet hat mich Andrea Jaunich. Sie vertritt die Ahler SPD-Fraktion im Kulturausschuss der Stadt und hat sich ebenfalls sehr gefreut, Einblicke in die neue Ausstellung zum 30. Jubiläum des Museums zu erhalten. Vielen Dank für die interessante Führung und den Austausch!